

Molitor, Bruno

Article — Digitized Version

Im Abseits

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Molitor, Bruno (1981) : Im Abseits, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 61, Iss. 9, pp. 420-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135595>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Bruno Molitor

Im Abseits

In Norwegen stand der Arbeitsminister der früheren sozialistischen Regierung vor Gericht. Er hatte in einer Wahlrede den Beschäftigten eines Mittelbetriebes versprochen, sie würden nicht arbeitslos. Nach wenigen Monaten mußte das Unternehmen schließen. Einige ältere Arbeiter nahmen den Minister beim Wort und klagten auf Lohnfortzahlung bis zum Rentenalter: in der ersten Gerichtsinstanz mit Erfolg.

In unserem Land steht ähnliches kaum zu befürchten. Aber nicht etwa darum, weil es unseren Arbeitnehmern an Zivilcourage gebräche oder es keine Gerichte gäbe, die einer einschlägigen Klage more technico nachgingen. Die Dinge liegen viel einfacher – und trauriger. Das Publikum ist der Politikerverspre-

chen, täglich neu und aufregend, überdrüssig geworden. Dafür sind die gehabten Enttäuschungen zu zahlreich. Wie sollte auch das Publikum Vertrauen fassen, wo kaum ein Politikerwort erkennen läßt, daß man aus der verfahrenen Lage, die doch zum großen Teil selbstverschuldet ist, die Lehren gezogen hätte und die offensichtlichen Fehler der eigenen Politik nicht wiederholt. Und was das Schlimmste ist: weit und breit kein Zeichen, daß durch Taten das finanzpolitische Steuer beherzt herumgeworfen würde und man auch für die mittelfristige Wirtschaftsentwicklung günstige Daten setzte. Es verfestigt sich der Eindruck, daß die verantwortlichen Politiker zu Gefangenen der eigenen Parteiapparate oder genauer: der „mächtigen Minderheitenklasse der ideologischen Parteiaktivisten“ (Dahrendorf) geworden sind. So gerät die demokratische Regierung von selbst ins politische Abseits.

Ein besonders augenfälliges Beispiel bietet in diesem Zusammenhang das Ressort des Bundesarbeitsministers. Hier werden in einer veritablen Massenfertigung Pläne und wieder Pläne über Details der Details produziert, so als ob ein Verwirrspiel gälte. Als sachlicher Hintergrund schimmert immerhin durch, daß der Minister die Finanzkrise offenbar zu dem Kunststück nutzen will, bei kosmetischer Ausgabenbereinigung seiner Sozialpolitik zusätzliche Einnahmequellen zu erschließen und gleichzeitig ideologische Lieblingskinder unterzubringen. Mit einigen Vorschlägen scheint er nicht einmal die Gefahr zu scheuen, daß man ihn nicht mehr ernst nehmen kann. So bei der Bestimmung, daß Pflichtversicherte freiwillig höhere Beiträge zahlen können, um ihre Altersrente aufzustoßen. Der Trick ist leicht durchschaubar.

Natürlich besteht keinerlei sachliche Notwendigkeit für die Neue-

rung; der individuellen Vermögensbildung bieten sich bei uns Dutzende von Möglichkeiten, einschließlich der privaten Teil- oder Zusatzversicherung. Indes, die Höhrversicherung in der gesetzlichen Alterssparte bringt derer notleidenden Budget zunächst einmal mehr Einnahmen; manchen Aspiranten mag die bequeme Garantie einer dynamischen Zusatzrente verlocken. So könnten sich die Finanzplaner vorerst aus dem Schneider wähen. Aber das dicke Ende kommt, wenn die erhöhten Rentenansprüche, schneller als mancher denkt, eingelöst werden müssen. Und was die staatliche Garantie betrifft: machen nicht schon die laufenden Rentenzahlungen der Regierung mehr als Kopfzerbrechen?

Freilich enthält diese Vogel-Strauß-Politik auch ein ideologisches Element. Den Gewerkschaften würde die Neuregelung die Möglichkeit eröffnen, im Tarifkampf Zusatzrenten in der gesetzlichen Alterssparte durchzupauken: die unternehmensfinanzierte Höhrversicherung hier ginge zu Lasten der betrieblichen Altersversorgung, die manchen Sozialisten seit je ein Dorn im Auge war – sie soll jetzt ohnehin steuerlich belastet werden. Dem Sicherungseintopf wäre man einen guten Schritt nähergekommen.

Gleichwohl behalten Versuche wie die freiwillige Höhrversicherung den fatalen Beigeschmack, von den harten Problemen der Rentenfinanzen ablenken zu sollen. Auf die Dauer wird man doch nicht um die Nettoanpassung der Renten, um versicherungsmathematische Abzüge bei der flexiblen Altersgrenze und die Auffassung der verunglückten „Rente nach Mindesteinkommen“ herumkommen. Man sollte hier nicht von Demontage reden. Worum es geht ist, die aktiven Arbeitnehmer vor Überbelastung und die Versicherungsgemeinschaft vor Ausnutzung zu schützen.